



SOZIALFIRMA «PROWORK»

Arbeitsplätze für Ausgesteuerte

Das Netzwerk Grenchen und die Regiomech Zuchwil gründen in einem Joint Venture die Sozialfirma «ProWork». Damit wollen sie ausgesteuerten Personen einen langfristigen Arbeitsplatz bieten und Sozialhilfebehörden entlasten.

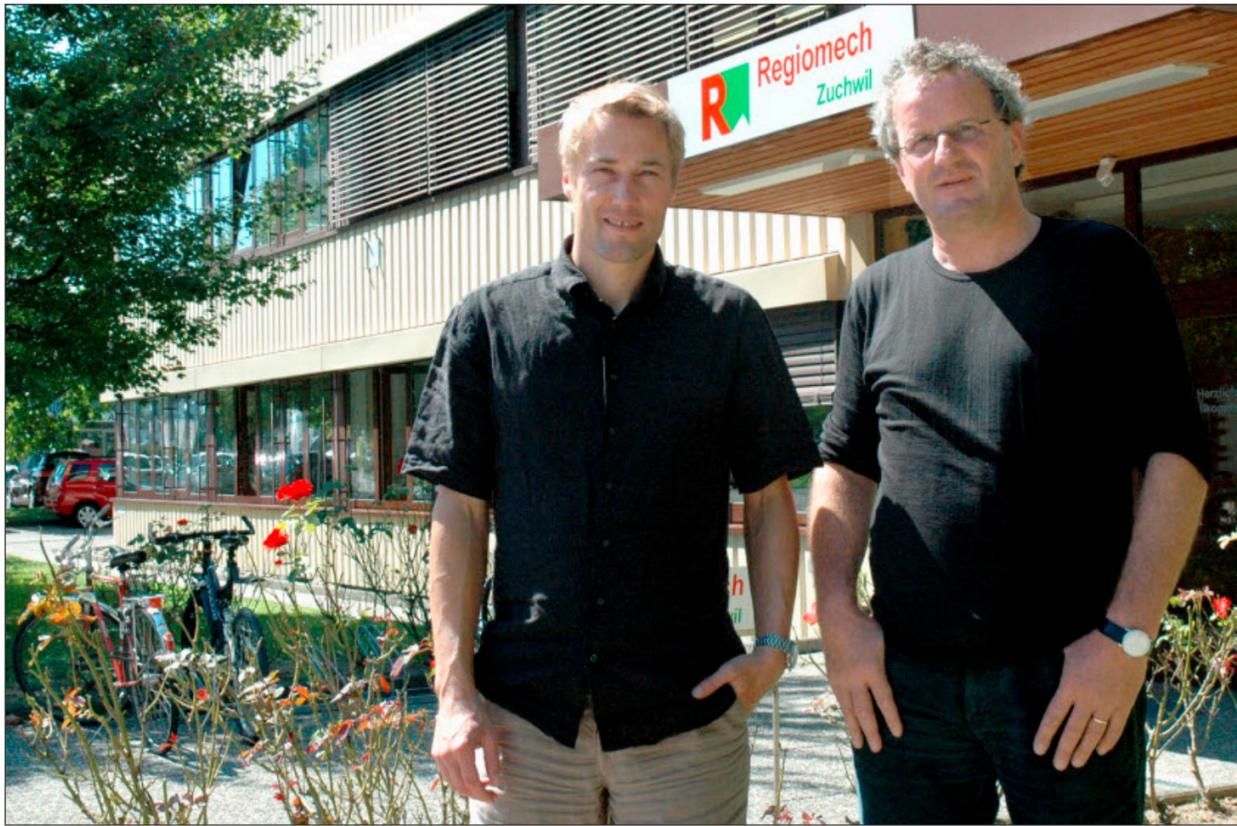
Das Netzwerk Grenchen (Verein) und die Regiomech Zuchwil (Genossenschaft) verfolgen beide den selben Auftrag: Leute ohne Arbeit – teils ausgesteuert, teils nicht – wieder in die Arbeitswelt zu integrieren. Nun spannen die beiden Institutionen zusammen und gründen die Aktiengesellschaft «ProWork». Das Ziel dieser Sozialfirma ist simpel. «Wir wollen die Sozialhilfebehörden, also die Gemeinden, finanziell entlasten», erklärt Christian Rohr, Geschäftsleiter vom Netzwerk.

Die Umsetzung dieses Ziels ist hingegen nicht so einfach. Denn «ProWork» soll ein Unternehmen werden, das auf (fast) keine Fremdgelder angewiesen ist, sondern die Kosten für Infrastruktur und 50 Prozent der Löhne selber erwirtschaftet.

Sozialhilfe reduzieren

Ähnlich wie die Vebo für IV-Bezüger, wird «ProWork» ein Unternehmen für Sozialhilfe-Bezüger sein. Ausgesteuerte, bei denen eine Wiedereingliederung in die normale Arbeitswelt ausgeschlossen wird, erhalten hier einen langfristigen Arbeitsplatz.

«In Frage kommen zum Beispiel Leute aus unserer gemeinnützigen Beschäftigungswerkstätte in Selzach, die teils schon mehrere Jahre hier eine Aufgabe haben», erklärt Rohr. Denn in der Firma könnten diese eine produktiven Arbeit nachgehen – wenn ihre Fähigkeiten dies überhaupt zulassen. Für diese Arbeit



Sie wollen die Sozialfirma «ProWork» gründen: Christian Rohr (links, Netzwerk Grenchen) und Ignaz Moser (Regiomech Zuchwil).

würden die Leute entlohnt und der Beitrag der Sozialhilfe könnte dadurch reduziert werden, so die Idee dahinter. Gleichzeitig helfe ein fester Arbeitsplatz dem Sozialhilfeempfänger, sein Selbstwertgefühl zu steigern.

Doch mit welcher Arbeit wird «ProWork» Geld verdienen? «Wir wollen das Gewerbe nicht konkurrenzieren», sagt Ignaz Moser, Geschäftsleiter der Regiomech. Der Zielmarkt für die Firma sind Industrie- und Handelsunternehmen. Eigene Produkte sollen vorerst nicht produziert werden. Vielmehr will «ProWork» ein Dienstleister für Betriebe sein, die gewisse Arbeiten auslagern. Es geht um repetitive Tätigkeiten, die keine

besonderen körperlichen oder geistigen Fähigkeiten erfordern.

Positive Signale erhalten

Die Idee, eine solche Firma zu gründen, kam vor rund zwei Jahren von verschiedenen Sozialhilfebehörden im Kanton Solothurn. Vor einem Jahr nahmen sich das Netzwerk und Regiomech der Sache an, genauer gesagt liessen sie von Adlatus einen Business-Plan ausarbeiten – dabei handelt es sich um eine Vereinigung, die über ein gesamtschweizerisches Netzwerk an erfahrenen Führungskräften und Fachspezialisten verfügt. Vorgespräche zur Bedürfnisabklärung stimmen die Initianten

zuversichtlich: 65 Prozent der befragten Firmen und alle kontaktierten Wirtschaftsverbände und öffentliche Stellen stehen «ProWork» positiv gegenüber.

Netzwerk und Regiomech sind überzeugt, dass ihr Plan aufgeht – stellen beide doch zu gleichen Teilen das Startkapital zur Verfügung. Eine rentable Produktion erwartet man nach rund vier Jahren. «In der Anfangsphase werden wir aber bestimmte Verluste einfahren», so Ignaz Moser. Für ihn ist klar, dass die Firma dem normalen wirtschaftlichen Rahmen untersteht. Es sei deshalb eine Vorgabe, andere Firmen nicht mit Dumpingpreisen zu konkurrieren.

Nächste Woche nimmt ein Projektleiter seine Arbeit auf, der die Firmenstruktur von «ProWork» aufbauen wird. Zu seinen Hauptaufgaben gehört dabei auch die Suche nach einem Standort. «Wir wollen uns irgendwo zwischen Grenchen und Solothurn ansiedeln», erklärt Christian Rohr.

Wann genau die Sozialfirma loslegt, kann noch nicht gesagt werden. Ebenso wenig, mit wievielen Angestellten «ProWork» beginnen will. Ignaz Moser schätzt, am Anfang zwischen 10 und 20 Leute zu beschäftigen. Das Ziel ist es aber, in rund vier Jahren zwischen 50 und 100 Arbeitsplätze anbieten zu können.

PARZIVAL MEISTER

«Nehmermentalität nimmt damit ab»

Jonas Motschi, Chef des Amtes für Wirtschaft und Arbeit, findet «ProWork» grundsätzlich positiv. Er sieht aber auch Gefahren.

Herr Motschi, Sie wurden über das Konzept der Sozialfirma «ProWork» bereits ausführlich informiert. Was halten Sie davon?

Grundsätzlich finde ich die Idee positiv. Die Firma hat viele gute Seiten, aber man muss aufpassen, dass nicht unerwünschte Nebenwirkungen auftreten.

Zuerst das Positive. Welche guten Seiten hat «ProWork»?

Ein grosser Vorteil ist sicher, dass es hier Sozialhilfe gegen Leistung gibt. Die Nehmermentalität nimmt damit ab. Zudem kann man diesen Leuten Tagesstrukturen bieten und ihr Selbstwertgefühl nimmt zu, wenn sie nicht einfach nichts machen.

Und was verstehen Sie unter «unerwünschten Nebenwirkungen»?

Wenn «ProWork» hier Aufträge ausführen kann, die sonst in Billiglohnländer exportiert worden wären, ist dies sicher positiv. Wenn aber die Industrie eigene Arbeitsplätze streicht, um die Arbeiten von der Sozialfirma verrichten zu lassen, hat man nicht das erreicht, was man will.

Die Verantwortlichen haben festgehalten, dass «ProWork» dem normalen wirtschaftlichen Rahmen untersteht und sie andere Firmen oder Arbeitsplätze auf keinen Fall mit Dumpingpreisen gefährden wollen.

Das ist ihre Absicht. Die Frage ist nur, ob es die Partner aus der Industrie genauso sehen. Es muss aber auf keinen Fall so kommen, das ist nur eine mögliche Gefahr. Und von den Verantwortlichen weiss ich, dass sie sehr bestrebt sind, diesen Fall zu verhindern.

Stimmt Sie dieses Bestreben zuversichtlich?

Wichtig ist, dass es sich hier um Leute handelt, die wir kennen und denen wir Vertrauen schenken. Es ist etwas anderes, wenn jemand von irgendwo daher kommt, dessen Absichten wir nicht kennen.

Die Firma soll die Sozialhilfekosten verringern. Ein realistisches Ziel?

Ja, das ist durchaus realistisch.

Haben Sie den Verantwortlichen einen Ratschlag mit auf den Weg gegeben?

Was sie tun, können sie selber entscheiden. Es fand lediglich ein Gedankenaustausch statt. Das Projekt wurde zum einen dem Amt für Wirtschaft und Arbeit vorgestellt, aber auch der Kommission für die kantonale Arbeitsmarktpolitik, in der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und der Kanton vertreten sind.

INTERVIEW: PARZIVAL MEISTER

PPAL SOLOTHURN

«Ungeschickt verhalten»

Ein leitender Beamter des Steueramts hat 40 000 Franken in die konkursite Palettenfirma Ppal investiert. Ein «ungeschicktes Verhalten», so urteilen seine Vorgesetzten. Gegen interne Weisungen hat er aber nicht verstossen.

Unter den Investoren der inzwischen konkursiten Palettenfirma Ppal tauchte unter anderem der Name von Oskar Ackermann auf, dem Leiter juristische Personen des kantonalen Steueramtes. Dies berichtete Radio 32. Ein kantonaler Steuerbeamter also, der in eine Firma investiert, mit der er auch beruflich zu tun hat. Eine Konstellation, die Fragen aufwirft und Anlass zu Spekulationen bietet.

Oskar Ackermann habe vor einigen Jahren der Palettenfirma PPAL einen Steuervorabscheid erteilt. Das heisst, er wurde von den Verantwortlichen der Firma angefragt, wie diese denn im Kanton Solothurn besteuert werden würde. «Es handelte sich hierbei lediglich um eine Vorauskunft», erklärte Erwin Widmer, Chef des Steueramts, gestern. «Die Veranlagung dieser Firma wurde nicht von Herrn Ackermann gemacht», so Widmer weiter.

Die Weisungen des Steueramtes sind eindeutig: Wer in irgendeiner Form in eine Firma involviert ist, darf diese niemals selbst veranlagern. Nachdem



An der Rötistrasse prangt noch immer das Schild der Ppal AG.

Ackermann den Steuervorabscheid erteilt hatte, habe er mit der Firma Ppal nicht mehr beruflich verkehrt, versichert Widmer. Gegen interne Weisungen habe Ackermann daher nicht verstossen. Auch habe er durch seine Arbeit keinen tieferen Einblick in die Verhältnisse der Firma Ppal gewinnen können als jeder andere potenzielle Investor.

Obwohl Ackermann gegen keine Weisungen verstossen habe beurteilt Widmer die Investition seines Untergebenen als ungeschickt. «Weil er geschäftlich mit der Firma Ppal zu tun hatte, ist es verständlich, dass nun Fragen gestellt werden.» Etwas mehr Fingerspitzengefühl hätte sich Widmer darum von dem Leiter juristische Personen gewünscht. Konsequenzen werde der Vorfall für Ackermann keine mit sich bringen. Man werde die Angestellten aber vermehrt auf die internen Richtlinien hinweisen, versicherte Widmer.

Als ungeschickt dürfte Oskar Ackermann seine Investition in der Höhe von 40 000 Franken in die Firma Ppal mittlerweile auch selbst beurteilen. Der Palettenhersteller ist pleite, gegen den Geschäftsführer Michael John hat die Solothurner Staatsanwaltschaft Anklage erhoben (wir berichteten). Ihm wird ungetreue Geschäftsführung mit Bereicherungsabsicht vorgeworfen. Der Prozess soll im nächsten Jahr beginnen. RAH



Jonas Motschi findet es wichtig, dass hier Leute am Werk sind, die er kennt und denen er sein Vertrauen schenkt.

Andrea Hunziker